

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohmentpreis monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M. — Fest- und Sammlungsstücke kosten pro Stk. 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wenzelhäuser Straße 38—42, Telefon-Nr. 98 u. 89. Teleg.-Abt.: Altvorstand Bochum.

Maßnahmen gegen die Kohlennot.

Von den Abg. Doebe, Hue, Imbusch und Genossen wurde am 15. August in der Nationalversammlung eine Entschließung eingebracht, welche zur Verhinderung der infolge der Kohlennot drohenden furchtbaren Katastrophe schnelle und durchgreifende Maßnahmen zur Erhöhung der Kohlengewinnung und für ihren regelmäßigen Abtransport fordert. Vornehmlich werden empfohlen:

1. Erhöhung der Bergarbeiterlohn auf einen Betrag, der als eine auskömmliche Gegenleistung für die anstrengende bergmännische Tätigkeit anzusehen ist. Bessere Belieferung der an besonders starker Unterernährung frankenden Bergarbeiterchaft mit fetthaltiger Nahrung, Versorgung mit Berufskleidung und Schuhzeug.

2. Allgemeine und besondere Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Bergbau durch beschleunigten Abschluss von Tarifverträgen zwischen den Arbeiter-, Angestellten- und Unternehmerorganisationen. Sodann möglichst rasche Vereinheitlichung der Bergarbeiterrechts- und Schutzbefehlslisten durch ein Reichskriegsamt.

3. Vorurteilslose Heranziehung der bereits auf Grund von Organisationsvereinbarungen bestehenden Betriebsräte (wo diese noch nicht bestehen: der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse) seitens der Betriebsdirektionen zur Mitberatung und Kontrolle der für die Erhöhung der Produktion geeigneten technischen und sozialpolitischen Betriebsmaßnahmen, ferner zur Mitwirkung bei der Regelung des Gedinge wesen und der sonstigen Lohn- und Gehaltsfragen im Rahmen der von den beiderseitigen Organisationen getroffenen Vereinbarungen. Die Betriebsräte (bzw. Arbeiter- und Angestelltenausschüsse) sind auf ihr Verlangen durch die Betriebsleitung über die wirtschaftlichen Betriebsergebnisse zu unterrichten.

4. Erhöhung der knapphaften Krankengelder, Invaliden-, Witwen- und Waisenrente auf einen Betrag, der den Leidungsverhältnissen besser entspricht, als dies bei den jetzigen Bezügen der Fall ist. Vereinheitlichung des noch immer sehr zerstückelten knapphaften Kostenwesens durch ein Reichsknapphaftgesetz.

5. Vermehrung der Arbeitskräfte in der Kohlerbergwerksindustrie durch Heranziehung der in anderen Industrien und Gewerben beschäftigten bergbaufähigen Arbeiter, soweit durch geeignete Arbeitslose. Umfassende Arbeitsnachweisregelung auf paritätischer Grundlage.

6. Schleunigste und großzügige Beschaffung von Wohnungen in der Nähe der Kohlenwerke, Verbesserung der Fahrtgelegenheit für die in größerer Entfernung von den Werken wohnenden Arbeiter. Vorzugswise Belieferung der Baustoffindustrie (Biegel, Zement, Kalk usw.) und des Baumgewerbes mit Brennstoffen und anderem Betriebsmaterial. Reichsbahnhilfe für den Wohnungsbau in den Kohlenbezirken.

7. Vorzugswise Belieferung der Kohlengruben, Föreien usw. mit Arbeitsmaschinen (Bohrer, Preisen, Bohrmaschinen, Ventilatoren usw.), Erzabschütteneilen, Transportfößen (Förderungswagen usw.), Holz, Schnitt- und Leuchtöl, Gleisholzmaterial, Lampen, überhaupt mit allen Betriebsmaterialien und Geräten, die zur Einrichtung und Durchführung einer geistigen Brennstoffgewinnung unentbehrlich sind. Werke, die vorgenannte Maschinen, Betriebsmaterialien und Geräte liefern, sind bei der Kohlenversorgung zu bevorzugen.

8. Möglichst vollständige Ausnutzung aller Betriebsanlagen, Einlegung von zwei vollen Förderdichten. Stärkste Beliebung aller ergiebigsten Flöze.

9. Vermeidung von Fehlentscheidungen durch regelmäßige Gestellung der benötigten Eisenbahnen. Beschleunigte Herstellung und Reparatur von Lokomotiven und Güterwagen. Möglichst umfangreiche Beanspruchung der Wasserstraßen für den Kohlentransport.

10. Durchführung von gesetzlichen Maßnahmen, welche die Kohlengewinnung (Stein- und Braunkohle) im Sinne des Sozialisierungsgesetzes nach gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen regeln.

Diese Entschließung wurde angenommen. Unser Kamerad Hue führte dazu u. a. begründend aus: „In dem Bereich unserer Kohlenindustrie sehe ich nur eine einzige dunkle Fläche, keinen Lichtstrahl. Wenn es heute einigen wenigen partikuli-

Besserung der Förderung ist Lebensfrage.

Von Otto Hue.

Meine Aufforderung an die Betriebsräte, die Ursachen der unreinen Förderung und der Versendung von oft stark mit Steinen gemischten Kohlen festzustellen und für mögliche Beseitigung dieses bösen Mißstandes zu sorgen, hat mit einer Fülle von Zuschriften aus Arbeiter- und Beamtenkreisen verhängt. Nur vereinzelt Schreiben zeigen, daß die Verfasser mich gar nicht oder nur halb verstanden haben, darum mit „Kapitalistenschwindsucht“, „Nichtverstehen der Massenstimme“ u. dgl. m. anhängen wollen. Auf solche Überheblichkeiten oder Gismusikereien einzugehen, verlohnt sich nicht. Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!

Die übergroße Mehrzahl der Zuschriften geht in dankenswerter Weise auf die sehr ernste Sache ein, erläutert, warum gerade jetzt stellenweise die Kohlenförderung und der Verband viel unreiner sei als früher und was dagegen zu tun ist. Es ergibt sich aus diesen Darlegungen von erschrockenen Bergarbeitern und Beamten abermals, daß während des Krieges die mächtigeren und reichen Flöze vorzugsweise abgebaut wurden, nun aber der Abbau der weniger ergiebigen und mehr unreinen vor

schen Wirrköpfen gelingt, ganze Belegschaften in den Wann ihrer Agitation zu zwingen, so beweist das nur, daß unsere Arbeiterschaft, auch die Beamtenchaft, durch den furchtbaren Krieg verdeckt geworden ist. Schon lange vor dem Kriege bildete der Rückgang der Kohlenförderung pro Kopf der Belegschaft die Sorge unserer Wirtschaftspolitiker. Das jetzige Problem hat mit Staatsformen, mit sozialpolitischen Wirtschaftsformen nichts zu tun, es hat sich aufgebaut auf natürlichen, technischen Umständen und ist schon während des Krieges gefährlich drohend in die Erscheinung getreten. Der Krieg war eine Hochkonjunktur von außergewöhnlicher Länge, und da hat man die kohlenreichen Flöze vorzugsweise abgebaut und die Vorrichtungsarbeiten zurückgestellt. Dennoch trat schon 1917 eine erhebliche Kohlennot auf, die zur Einziehung des Reichskohlenkommissars führte. Es ist ein gefährlicher Überglaube, daß die Kohlennot das Ergebnis der revolutionären Unruhezeit des vorherigen November sei. Die Hungerblöcke hat auch auf die Erhöhung der Krankheitsziffer sehr verderbenbringend eingewirkt. Die Bergarbeiter sind durch die jahrelange Unterernährung so herabgekommen, daß Ueberschichten ihnen jetzt nicht zugemutet werden können. Wir schlagen deshalb in unserem Antrag nicht Schichtverlängerung, sondern Ernährungsverbesserung vor. Nur kein Druck, kein Zwang, sondern gutes Brot und vor allem gutes Essen. Wir haben den verantwortlichen Stellen in der Regierung andeutungsweise schon 1915, in aller Schärfe 1917 vorausgesagt, was kommen mußte. Der Bergbauliche Verein aber hat in allen Wünschen der Bergarbeiterchaft versagt.“ Redner erörtert hierauf im einzelnen die in der mitgeteilten Entschließung aufgestellten Forderungen und schließt mit einer dringenden Mahnung zur Sozialisierung und mit der Aufforderung an die Unternehmenschaft, die nutzlose Agitation dagegen zu unterlassen.

Eine der wichtigsten Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit ist ein Tarifvertrag, der die Willkür ausschaltet. In dieser Beziehung herrschen besonders im Ruhrbergbau ganz unerholtbare Verhältnisse. Vielfach ist das Gedinge nicht ausreichend und die Arbeiter sind auf das Buschreiten angewiesen. Selbstverständlich wird dadurch die Arbeitsfreudigkeit unterbunden. Wo aber das Gedinge ausreicht, wird abgebrochen, wenn über einen bestimmten Lohnzusatz hinaus verdient wird. Das wissen die Arbeiter und richten sich danach ein. Es wird und vor einem Kameraden aus Derne berichtet, daß schon bei einem Hauerlohn von 22 M. pro Schicht abgebrochen wurde. Ähnliches wird uns auch aus anderen Orten berichtet. Auch auf diese Weise wird die Arbeitsfreudigkeit unterbunden.

Oft und eindringlich haben wir auf diese unerholtaren Zustände und ihre Folgen hingewiesen, leider vergeblich. Um so gründlicher muß beim Tarifabschluß mit dem alten System gebrungen werden, das schon soviel Unheil angerichtet hat. Tiefend sagte Imbusch in der Nationalversammlung: „Man hat dem Bergarbeiter die Liebe zu seinem Beruf geradezu planmäßig ausgeprägt.“ Ausgeprägt durch die Willkür bei der Lohnfestsetzung und Lohnregelung und die schändliche Behandlung. Das ist eine Latsche, an der nicht zu rütteln ist. Trotz all unserer Mahnungen und Warnungen besteht heute noch Scheingedinge, obwohl selbst der Oberbergbaudirektor v. Beisen in einer Versprechung der Bergarbeitervertreter im Handelsministerium am 19. September 1917 darüber ausführte:

„Das Scheingedinge wird von mir entschieden missbilligt. Wenn dasselbe trocken hier und dort besteht, so ist das ein großer Unrat, weil dadurch die Leistung der Bergarbeiter erheblich zum Nachteil beeinflusst wird.“

Das ist ein hartes, aber treffendes Urteil. Und der grobe Unrat, der die Leistung der Bergarbeiter erheblich zum Nachteil beeinflusst, besteht nicht nur hier und dort, sondern ist nach unseren wiederholten Umfragen allgemein verbreitet. Auch jetzt noch! Die Arbeiter sind bezüglich ihrer Entlohnung völlig im Unklaren, sie wissen von nichts, als daß sie dem Steiger „in der Feder hängen“. Erst am Monatsabschluß sagt ihnen der Steiger in der Regel auf Befragen, ich habe euch so und soviel verdient. Dann geht in der Regel der Streit los, weil es nach Ansicht der Arbeiter zu wenig, nach der des Steigers aber noch zu viel ist. Die Auseinanderlegungen ziehen sich oft bis zum nächsten Monatsabschluß hin, wo sie neue Anknüpfungspunkte finden und so geht es weiter. So werden Arbeitsunlust und Verdrösenheit systematisch hervorgerufen, die Leistung und Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. In dem Maße, wie wir mit dem alten Lust und Unrat aufräumen, wird sich auch die Arbeitsfreudigkeit heben.

Das ist, wie mir ein altgedienter Steigersteiger aus seiner Praxis mitteilt, ein Vorgang, der sich während einer Hochkonjunktur und nach ihr regelmäßig wiederholt; wozu indessen anzumerken ist, daß wir uns gegenwärtig in einer Hochkonjunktur des Kohlenbergbaues befinden, wie er noch keine erlebt hat. Die Kohlennot ist eine internationale Gefahr geworden! Würden wir unsere Kohlenförderung sofort verdoppeln können, auch für diese Menge wären Kohlenbedürftige Abnehmer in Süß und Fülle vorhanden.

Wenn die Flöze, Nebengesteine und die sonstigen Betriebsverhältnisse die Lieferung einer immerhin erträglich unreinen Förderung (gang rein kann sie ja nur vergleichsweise selten sein) so erschweren, wie mir das auch zahlreiche Betriebsräte berichten, dann müssen vor den betr. Arbeitspunkten das Gedinge erhöht werden, damit die Kameradschaften in gleichst reichliche Abscheidung der Steine von den Kohlen vornehmen können, ohne die Gesetze zu laufen, nicht auf ihren notwendigen Lohn zu kommen. Das Herausfordern der unbrauchbaren Steinlast erhöht doch auch die Betriebskosten. Es gibt gewiß „Kumpels“, die auch, wenn die Flözverhältnisse nicht besonders ungünstig sind, doch mehr „Verge“ mitladen als ein gewissenhafter Arbeiter verantworten kann. Über solche zu verurteilende Fälle wird mir auch von Betriebsräten berichtet. Wie es leider auch Kameraden gibt, die sich auf Kosten ihrer

Arbeitsbrüder durch das betrügerische „Wagenumpinnen“ bereichern, so muß auch das Vorhandensein von Leuten beklagt werden, die es mit der Beladung der Förderwagen nicht genau nehmen. Solche Leute schädigen natürlich das Ansehen der Bergarbeiterchaft. Unsere englischen Kameraden haben schon seit vielen Jahren aus ihrer Mitte Vertrauenleute angestellt, die an der Hängelast die Förderwagen auf ihre möglichst reine und völlige Füllung hin kontrollieren. Das ist dort längst eine Selbstverständlichkeit. Auch bei uns muß diese Kontrolle erfolgen und wenn sie eine ausnahmsweise unreine Förderung feststellt, dann muß durch die Betriebsräte (oder wo diese noch nicht existieren: durch den Arbeiterausschuß) untersucht werden, ob die betreffenden Kameradschaften kein ausreichendes Gedinge haben oder was sonst für Unstände die unreine Förderung verursachen. Wir wollen doch vor allen Dingen verhindern, daß solche Persönlichkeiten Recht bekommen, die behaupten, ohne eine strenge Strafbürokratie sei der Bergmann nicht zur sorgfältigen Pflichterfüllung zu bewegen! Dies muß ohne Strafelei, durch Freiwilligkeit erreicht werden.

In den erwähnten Zuschriften wird auch besonders die Einstellung der Kohlenwässchen als ein schwerer Nebenstand charakterisiert. Zeit wird von den betreffenden Bechen die Kohlenförderung ohne einigermaßen sorgfältige Separierung und Auscheidung der „Verge“ den Verbrauchern zugeschoben. Die Kohlennachfrage ist ja ungeheuer groß, die Verbraucher nehmen was sie kriegen können, auch die billigen Kohlensteine werden munter in die Eisenbahnwagen oder Schiffe gekippt und als „Kohlen“ bezahlt. So transportiert die Eisenbahn eine gewaltige tote Last, wo sie doch ohnehin schon nicht weiß, woher sie die Zahl der angeforderten Wagen nehmen soll. Neben der ungeheuren Kohlennot tritt nämlich auf die nicht minder gefährliche Werkstaktriss! Kann die Förderung nicht von den Bechen abgefahren werden, dann muß sie dem Volke nichts.

Die Eisenbahn kann und muß auch entlastet werden durch möglichste Säuberung der Kohlenförderung vor ihrem Verlauf! Dadurch gewinnen wir täglich viele laufende Eisenbahntagen und die Verbraucher erhalten auch besser verwertbare Brennstoffe. Ob nun die Säuberung der Kohlenförderung von „Bergen“ durch Wäsche oder durch Ausklauben der Steine mittels Menschenhand besorgt wird, geschehen muß sie im Interesse unserer hochstilichen Betriebsverhältnisse und der Kohlenverbraucher. Ich bitte daher die Belegschaftsvertreter dringend, der möglichst weitgehenden Verbesserung der Förderung und des Verlaufs ihre Aufmerksamkeit zu widmen, sich davon nicht von irgendwelchen Persönlichkeiten, denen diese Kontrolle unbehaglich ist, abhalten zu lassen.

Kameraden in allen Kohlenbezirken! Nur die wenigsten Volksgenossen wissen oder ahnen, welchem furchtbaren Schicksal die Kulturmenschheit anheimfällt, wenn es nicht bald gelingt, die deutsche und die ausländische Kohlenförderung erheblich zu erhöhen! In England, Frankreich, Belgien, Norden, Böhmen, Galizien und Russland ist wie in Deutschland die Kohlenförderung gesunken und so gering geworden, daß zahlreiche Kraft- und Lichiverwerke, Industrien, die Lebensmittelgewerbe, Landwirtschaft, das Baumgewerbe (großer Wohnungsmangel!) entweder nur sehr beschränkt oder fast gar nicht mehr arbeiten können, so gut wie keine Kohlenvorräte haben und ganz zum Stillstand kommen, wenn die ältere Frühzeit einsetzt und deswegen der gegenwärtig noch nicht dringlichste Hausbrand versorgt werden muß. Unsere Eisenbahnen haben nur einen so geringen Kohlenvorrat, daß schon jetzt der Personenzug stark eingeschränkt werden muß. Eine nennenswerte Einstellung der Kohlenförderung würde unsere Eisenbahnen bald ganz zum Stillstand bringen. Die Versorgung der Bergwerksgebiete mit Lebensmitteln hätte dann auch auf (eben beginnt die Getreide, darauf die Kartoffel- und Zuckerrübenrente), und wir befinden uns trotz der in Aussicht stehenden verhältnismäßig guten Ernte in einer sich endlichenden Hungersnot! Wir sollen auch den Ententestaaten, den Weltkriegsgewinnern, eine gewaltige Kohlennmenge liefern, andernfalls hätten wir ihr harte Zwangsmaßregeln zu erwarten.

Mit der feigen Förderung, die kaum noch 60 Prozent der Friedensförderung darstellt, können wir unmöglich unsere Volkswirtschaft am Leben erhalten. Wir reichen damit nicht einmal jetzt, in der wärtesten Jahreszeit. Wie dem Volle, wenn der Winter kommt und es könnte kein Vorrat an Hausbrand beschaffen werden! Zu Tausenden werden dann die armen Menschen in den ungeheizten Wohnungen und auf der Straße erfrieren! Die Nahrung könnte mangels Heizmaterial nicht zubereitet werden, der Hungertod würde! Versorgen wir aber den Hausbrand und bleibt uns dann nicht mehr entfernt ausreichend Kohle für unsere Industrien, dann schwillt die Arbeitslosenzahl auf Millionen Köpfe an! Was das bedeutet, kann sich jeder leicht vorstellen. Das wäre der entsetzliche Zusammenbruch, der nicht etwa nur das vernichtet, was uns nicht gefällt, sondern auch alles das verschlingt, was uns lieb und erhaltungswert ist.

Es ist besser, dies rückhaltlos auszusprechen, als das Volk in seinem fabelhaften Glauben, es sei „so schlimm nicht“, zu belassen. Nur durch offene Aussprache können wir zur Besserung kommen.

Die Kohlennot ist, wie gesagt, eine internationale Gefahr! Sie tritt auf in den Ländern, die noch eine monarchische „Spitze“ haben, in den bürgerlichen Demokratien, in den Ländern mit sozialistisch-demokratischer Regierung und auch in Russland, dem Gebiete der kommunistischen Räteregierung. Hat also mit Staatsverfassungs- und Regierungsförmen nichts zu tun. Die Kohlennot trat schon während des Krieges bedrohlich auf und ist nach ihm stärker geworden, weil nun die Kriegswüstungen an Menschen und Dingen auf der Menschheit lasten.

Wir müssen und können aus dieser neuen Weltkrise heraus! Die Vertrauenleute der deutschen Bergleute und Vertreter ihrer Verbände haben in eingehender Beratung mit der Reichsregierung alle Bergarbeiterfragen durchgesprochen und die Maßnahmen zur Verbesserung der Förderung erörtert. Die Nationalversammlung hat sich mit den Reformvorstellungen der Bergarbeitervertreter beschäftigt. Es wurde beschlossen aufzubessern der Böhne und der

1600 St. belausen, je nach dem gewählten Wohnungstypus. Die Bewohner von Freidorf werden ihre Lebensbedürfnisse auf genossenschaftlichen Wege decken; sie bilden nicht nur eine Wohngesellschaft mit Wohlfahrt an den Verband und diesen Wohngesellschaften, Lebensmittel, Schuhe, Kleidung und Werkzeugen, Fleisch, Milch usw. sollen in den eigenen Magazinen erhältlich sein, Brot und andere Backwaren in eigener Bäckerei hergestellt werden. Ein Versammlungszettel, Befehl, vielleicht sogar eine Schule, ein eigenes Postbüro, Reparaturwerkstätten usw. werden im Dorf erscheinen. Spielplätze für groß und klein, Promenaden und Alleen werden möglich sein, und wahrscheinlich wird auch eine Kassenwirtschaft noch Platz finden, um die Versorgung der Schule nicht schwelende Besucher aus Stadt und Land zu liefern. Die Bewohner verpflichten sich finanziell zur Versorgung der eigenen Betriebe. Mitglieder der Genossenschaft werden Einzelpersonen aller Kreise und Städte sowie Personengruppen, Anstalten und Institutionen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, mindestens einen Anteilsschein von 100 St. zu übernehmen. Außerdem sind vorgesehene Anteilscheine von sogenannten "Gütekunden" (Kunden, die die Genossenschaft finanziell unterstützen, ohne Mitgliedschaft zu erhalten), Depositenkredit der Mitglieder und Mietleuten.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Übervergätsbezirk Dortmund.

Entlassungsgeld und Entlassungsantrag.

Die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände richteten am 27. März 1919 an die Reichsregierung in Weimar eine Eingabe, worin erfuhr wurde, dass die Kriegsteilnehmer, welche während des Krieges entlassen wurden, das Entlassungsgeld und einen Entlassungsantrag, ebenfalls das Geld dafür, zu erhalten. Darauf ging folgende Antwort ein:

"Aus die Eingabe vom 27. 3. 19 wird folgender erwidert:

"Zu nach dem 8. November 1918 entlassenen sind die Entlassungsgelder freilich gewillt werden, um ihnen den Überlebens in die durch die allgemeine Schwächung besonders verschworene Lebensverhältnisse leichter Arbeitsergebnis, Arbeitsverminderung usw.), die für die vorher Entlassenen nicht in gleichem Maße vorliegen, zu erleichtern. Die Entlassungsgeldzusage sind keinesfalls als eine Entschädigung für die im Krieg erworbenen Verdienste zu betrachten."

Außerdem wurde den vor dem 9. November entlassenen Kriegsbeschädigten (sogenannten Kriegsmpfängern) mit Rücksicht auf ihre schwierige Lage eine einmalige Entschädigung von 70 Pf. und soviel wie in der Zeit vom 1. 10 bis 11. 18 entlassen wurden und ein niedriges Entschädigungsleben, der Entlassungsantrag zugesetzt.

Diese Vergleichungen auf sämtliche zur Entlassung kommenden Mannschaften auszudehnen, war nicht durchführbar. Dem vorliegenden Antrag kann daher leider nicht entsprochen werden."

Gutes Schneider f.

Am 16. August starb in Köln bei Ehrenbach am Rhein ein alter Bergmann, Gustav Schneider im Alter von nicht ganz 50 Jahren. Er wurde am 8. November 1869 geboren. 1897 trat er in unserem Verbande bei, dem er später in unveränderter Treue gedient hat. Mit noch 29 anderen Kameraden gründete er im Februar 1912 die Fahrläufe Straß. Bis dahin hatte er der Zollstelle Siegel angehört. Da es Arbeit zu leisten und Geld zu bringen galt, da war Schneider immer mit an seiner Stelle. Seit 1914 war er Bergmannsmann der Fahrläufe Straß. Als die Männer der Revolution neben ihrem Gewissensdruck und Unrat auch das Dreiklassenvorrecht weggelöst hatten, mündeten ihm seine Kameraden in den Gemeinderat. Von vorne hatte er wiederholt dazu bestimmt. Sein Wissen im Gemeinderat war leider nur von kurzer Dauer. Eine nützliche Krankheit riss ihn aus dem Amt, von dem er sich nicht mehr erheben sollte. Nun ruht er ans, beruhmter Kämpfer. Möge ihm die Erde leicht sein! Ehre seinem Understen!

Sind die Bergarbeiterhelden an der Achse?

In der Düsseldorfer Tagesschriften am 12. August erklärte Stadtverordneter Beder (Zentrum):

"dass die Bergarbeiter an der mangelschaften Kohlenversorgung auch nicht ganz unzureichend seien. Sie nutzen die verkürzte Arbeitszeit nicht zur Kräftigung ihres Körpers aus, sondern machen nach ihrer Arbeitszeit noch den Arbeitern über Tage Konkurrenz, so dass diese Arbeiter jetzt deppen, sonst Sturm laufen."

Herr Beder hielt es nicht für nötig, auch zu beweisen — er würde es auch nicht können —, dass die Bergarbeiter häufiger an der Kohlemangel sind. Wo circa 300 000 geschulte Männer für die Bergwerke fehlten, um unseren Bedarf an Schichten zu decken, wird die — nicht einmal bewiesen — verminderte Leistung einiger Bergleute nicht viel mehr verhindern können. Wenn das Verhalten solcher Schmarotzer dazu benutzt wird, einen ganzen Berg herabzusuchen, so muss dies aus schärfste verurteilt werden. Die Bergarbeiter in ihrer übergreifenden Mehrzahl leisten, was sie können, und wenn Herr Beder das nicht glauben will, mag er sich an den maßgebenden Stellen erkundigen, in welchem Verhältnis die Förderung im Vergleich zu den verfaulten Schichten steht. Er mag dann Bergleute anstellen zwischen der Zeitung vor und in der Kriegszeit und jetzt auch zwischen der deutschen und der englischen Bergarbeitergesellschaft. Arbeitseinsatz und Errüttungsbewährtheit wird er hoffentlich nicht übersehen. Die Bergleute machen auch nicht nach ihrer Arbeitszeit anderen Arbeitern Konkurrenz — dieser Vorwurf kann nur ganz vereinzelt treffen, die es in allen Berufen gibt —, sondern verzögern längere Arbeitszeit, weil sie im Vergleich zu anderen Berufen noch zu lange arbeiten müssen. Es muss auch die gesetzliche und gesundheitsförderliche Arbeit des Bergmanns in Betracht gezogen werden. Trotzdem gibt es eine erhebliche Anzahl Bergleute, die noch überzeugt machen, viel mehr als solche, die andere Bergarbeiter vertreten. Aber das berücksichtigt Herr Beder oder scheint es nicht zu wissen. Unsere Kameraden aber müssen daraus ersehen, wie uns diejenigen schaden, die außer ihrer Bergarbeit noch anderen ins Gewissen rütteln. KdR. Martin, Riedlinghausen.

Endigt auch in den Lefebvreden Verbänden?

Das 80-jährige Bestehen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gibt einem eingerahmten Proletariat allezeit zu denken. Sehr oft ist auf die Entstehung und Gründung des Verbandes zurück, mit heute die Uneinigkeit der Arbeiterschaft unerlässlich. Als junger Proletarier habe ich den Streik von 1899 unterstützt, habe gejagt, wie bis in ihr gutes Recht kämpfenden Arbeiter von dem preußischen Militärismus mit Gewehren und Bajonetten in Schach gehalten wurden. Keiner durfte sich rütteln, der es wagte, offen für die Arbeiter einzutreten, wurde gemacht. Ohne weiteres wurde ihnen geflügelt, ein Grund war leicht gefunden und Freund Arbeiter stand wie seiner Familie auf der Straße. Die schönsten Blätter trug die "Humanität" dieser Geschichtens, sie jürgten dafür, dass dem Arbeiterschaftsunterkunft und Arbeit gegeben wurde. Diese Vorstellungen hätten die Arbeiter zur Vernunft bringen müssen, aber leider war das nicht der Fall. Das Denunziationsamt trieb während dieser Zeit die Soldaten an, die Liebhaber nach oben war sehr groß, wo es angängig war — und das war nicht selten der Fall — wurde ein treuer Bergarbeiter von seinen Kameraden denunziert und damit war er für den betreffenden Betrieb gefangen und entlassen. So wie fiktive Streiks an der Uneinigkeit der Arbeiterschaft geheißen sind, wird es auch in Zukunft bleiben, wenn nicht das arbeitende Volk zur Einheit kommt.

Mit der Gründung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands als Einheitsorganisation der existierenden Massen wäre dem armen Volke geholfen gewesen, wenn nicht Bergarbeiter ihre Hände im Spiel gehabt hätten. Dies hat sich so recht bei Gründung der Bergarbeiterorganisation gezeigt; da wurde selbst das religiöse Empfinden missbraucht und Arbeiter gegen Arbeiter ausgeschickt. Ja, waren die Menschen einmal so weit und könnten das heile und vernünftige Gebot: "Nur deinen Gottes wie dich selbst", eingetauschen, wäre der armen Menschheit geholfen. Beim Lesen der Bergarbeiterzeitung müssen einem jeden Bergarbeiter die Tränen in die Augen kommen, wenn man sich begegnet, was die führenden Verbandsältereichen bei der Festlegung ihrer Ideale dulden mussten. Waren sie nicht von der Christlichkeit ihrer Sache überzeugt gewesen, dem armen Volke zu helfen, wahrhaftig, so besser, sie hätten gesonnen und gehandelt dem Kapitalismus gegenüber. Einige dieser Bergarbeiter leben noch und sehen mit freudigem Herzen ihre Erfolge, und doch muss es sie schmerzen, wenn sie sehen, dass noch so viele obdachlos leben. Alles bisher Erreichte, den Arbeitern zugute kommende ist auf das Kontor der Verbände zurückzuführen; trotzdem heißt es, die Bergarbeiter machen nichts, sondern betrügen uns. Es ist sehr bedauernswert, wenn beim Stande der heutigen Zeit der Bergarbeiter so ist. Tatsächlich ist er ein Käfighalter des Kapitalismus. Gerade durch die Uneinigkeit der Arbeiter setzt das Kapital Ertrag ab. Allen Kameraden des Bergarbeiter-Zeitung kann ich nur zu-

Bergarbeiter-Zeitung

rufen: Eiltigt euch, schafft euch den bestehenden Verbänden an! Sie sind die unerlaubten Interessenvertreter einer guten Sache, sie werden ihr Bestes dafür hergeben, um euch zu dienen und eurer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen.

Lichtanlagen in der Kolonie Baldur.

Schon seit 1913 verlangte die Berggesellschaft der Kolonie Baldur die Auslage eines elektrischen Lichts in der Kolonie. Bis zu Kriegsbeginn kam die Auslage nicht zustande und die ganze Kolonie blieb dunkel. Würde man die Berggesellschaft zu vertreten, das zu diesen Anlagen keine Arbeitskräfte vorhanden wären und auch keine Rohstoffmaterialien aufzutreiben seien. Nach Kriegsbeginn sollte mit der Anlage dann begonnen werden. Man schaut aber jetzt auch noch keine Lust zu haben, das Versprechen einzulösen. Öffentlichen wurden wohl ausgeschrieben, auch müssten sich die Einwohner, welche Licht beanspruchen, in Listen eintragen lassen und es würde schon der Preis für den Monat festgesetzt, aber jetzt kommt man damit, dass die Anlage zu teuer würde. Man will aber der Berggesellschaft entgegenkommen und schlägt darum von der Direktion vor, diese solle auch ihrerseits der Verwaltung entgegenkommen und jedem Wohngebäude eine Übersicht versetzen, damit 2000 To. Kosten im Monat mehr gesfordert werden könnten. Man will also die Wohlwendigkeit einer Lichtanlage von Übersichtsverfahren abhängig machen.

Die Berggesellschaft hat nichts dagegen, wenn mehr Kosten gesfordert werden sollen, sie will auch die 2000 To. gerne nicht fordern, wenn die Wagen, Druckluft und Holz genügend zur Verfügung gestellt werden. Die Direktion ist der Meinung, dass die Lichtanlage fertiggestellt werden kann, wenn das Werk die 2000 To. mehr fordert; schaffe man also das Projekt zur Hand und 2000 To. ergeben sich von selbst. Der Anlage kann somit nichts mehr im Wege stehen. Auch wird erfuhr, bei der Gedingsfeststellung mehr Stabilität wollen zu lassen und nicht zu leicht abzubrechen, dadurch wird sich auch die Kohlenförderung heben. Während des vergangenen Streits wurde zugesagt, dass Bezahlung der Streikfeinde sonst etwas zu tun. Mit der Lichtanlage wäre dieses Versprechen auch eingelöst.

Die Berggesellschaftsversammlung vom 10. August beschloss sich ebenfalls mit dieser Forderung und es wurde beschlossen, in den kommenden Winter ohne Licht nicht mehr hinzugehen. Die Berggesellschaft beharrt sich vor, in einiger Zeit zu dieser Frage wieder Stellung zu nehmen. Wenn die Verwaltung durch Verhandlungen nicht veranlaßt werden kann, wenige Zeitungen ausführen zu lassen, so muss leider eine andere Sprache geredet werden. Die Arbeiterschaft ist es seit, noch mehrere Winter im Dunkeln zu führen.

Der Bergbaudirektor, S. A.: Stein.

Betriebskasse und Jugendkasse.

Von unserem Gewerksmann wird uns geschildert: In einer Bezeichnung, welche auf Grund des Preishanges aufgenommen werden möchte, befindet Herr Bergbaudirektor Paul Stein große Unglücksfälle der Beamten. Da die Redaktion sich zur Bekämpfung bereits geäußert hat, bitte ich, auch mir, als Gewerksmann, das Wort zu geben. Ich sei den Bergbau Stein sehr dankbar für das Geschehen. Ich kann Ihnen nicht mehr hinzugehen. Die Berggesellschaft beharrt es sich vor, in einiger Zeit zu dieser Frage wieder Stellung zu nehmen. Wenn die Verwaltung durch Verhandlungen nicht veranlaßt werden kann, wenige Zeitungen ausführen zu lassen, so muss leider eine andere Sprache geredet werden. Die Arbeiterschaft ist es seit, noch mehrere Winter im Dunkeln zu führen.

Der Bergbaudirektor, S. A.: Stein.

Übervergätsbezirk Bonn.

Haltet zusammen.

Trotz der großen Vorteile, die wir mit Hilfe des Verbandes erreichen haben, ist unter der Kameradschaft immer noch eine große Interessengleichheit zu beobachten; diese muss unter allen Umständen aufgehoben werden. Es geht um die Arbeitsaufnahme ohne Türen, Schaltzüge und Warnungssignalen ist, so liegt nach unserer Ansicht große Unzulänglichkeit vor. Auf die fehlenden Türen usw. geht Herr Paul Stein nicht ein. Vorsorglich im Tagesbetrieb werden viele jugendliche Arbeiter beschäftigt, und um diese zu schützen, üben wir Kritik. Eine Brotpack ist bei jugendlichen Arbeitern unterschlagig oder auch direkt vorwiegend. Wir müssen aber verlangen, dass die von der Bergbaudirektion vorgezeichneten Schutzbestimmungen ausgetragen und eingehalten werden. Herr Paul Stein sagt in der sogenannten Bezeichnung, die Unterstellung sei noch nicht abgeschlossen. Dies ist richtig und wird befreit dadurch, dass das Gericht sich über die Sache angenommen hat und ein Nachspiel mit den angeblichen Schuldigen noch folgen wird. Ein junges Bergleute ist am Ende den Kameraden zu Tode gequält worden. Dies Gericht wird den verantwortlichen Unterbeamten zur Rechenschaft ziehen. Die verantwortlichen Unteren Beamten, welche durch Berichtungen das System schaffen, gehen strafbar aus. Jugendliche Kameraden, merkt euch! Gerecht in die Organisation, damit eure Leben und Gesundheit geschützt wird! Durch diese Justiz werden die angeblichen Verüchtigungen des Herrn Bergbaudirektor Paul Stein in Art. 21 und 24 der Bergach-Btg. ins rechte Licht gelegt. Unsere Ausschreibungen werden dadurch vielleicht ergänzt. Danach werden wir uns nicht mehr, dass die Berggesellschaft auf Blaugrün Victoria nicht zur Ruhe kommt. Das Unternehmen wird diesem Herrn Bergbaudirektor offenbar besonders schwer. Oder er macht es sich schwer. Und darin wird er offensichtlich von seinem Betriebsführer beeinflusst. Aber auch dieser Herr wird sich überzeugen müssen, dass mit dem Gymnasialzulassung in der Hochschulabschuldnad keine moralischen Erörterungen gemacht werden können.

Übervergätsbezirk Bonn.

Haltet zusammen.

Trotz der großen Vorteile, die wir mit Hilfe des Verbandes erreichen haben, ist unter der Kameradschaft immer noch eine große Interessengleichheit zu beobachten; diese muss unter allen Umständen aufgehoben werden. Es geht um die Arbeitsaufnahme ohne Türen, Schaltzüge und Warnungssignalen ist, so liegt nach unserer Ansicht große Unzulänglichkeit vor. Auf die fehlenden Türen usw. geht Herr Paul Stein nicht ein. Vorsorglich im Tagesbetrieb werden viele jugendliche Arbeiter beschäftigt, und um diese zu schützen, üben wir Kritik. Eine Brotpack ist bei jugendlichen Arbeitern unterschlagig oder auch direkt vorwiegend. Wir müssen aber verlangen, dass die von der Bergbaudirektion vorgezeichneten Schutzbestimmungen ausgetragen und eingehalten werden. Herr Paul Stein sagt in der sogenannten Bezeichnung, die Unterstellung sei noch nicht abgeschlossen. Dies ist richtig und wird befreit dadurch, dass das Gericht sich über die Sache angenommen hat und ein Nachspiel mit den angeblichen Schuldigen noch folgen wird. Ein junges Bergleute ist am Ende den Kameraden zu Tode gequält worden. Dies Gericht wird den verantwortlichen Unterbeamten zur Rechenschaft ziehen. Die verantwortlichen Unteren Beamten, welche durch Berichtungen das System schaffen, gehen strafbar aus. Jugendliche Kameraden, merkt euch! Gerecht in die Organisation, damit eure Leben und Gesundheit geschützt wird! Durch diese Justiz werden die angeblichen Verüchtigungen des Herrn Bergbaudirektor Paul Stein in Art. 21 und 24 der Bergach-Btg. ins rechte Licht gelegt. Unsere Ausschreibungen werden dadurch vielleicht ergänzt. Danach werden wir uns nicht mehr, dass die Berggesellschaft auf Blaugrün Victoria nicht zur Ruhe kommt. Das Unternehmen wird diesem Herrn Bergbaudirektor offenbar besonders schwer. Oder er macht es sich schwer. Und darin wird er offensichtlich von seinem Betriebsführer beeinflusst. Aber auch dieser Herr wird sich überzeugen müssen, dass mit dem Gymnasialzulassung in der Hochschulabschuldnad keine moralischen Erörterungen gemacht werden können.

Herr Paul Münker, Braunschweig.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Eine lokale Verleumdung.

In der Schmalkalder "Vollstimme" (Nr. 173), einem Organ der U. S. P., wird behauptet, ich hätte am 20. Juli in Weimar zu einer "Verhandlungskommission" der Kästnerbeiter gesagt: "Die Arbeiter müssen erst auf der Straße dazutreten, ehe sie klagt werden." Diese ungute Verleumdung wurde von der "Verhandlungskommission", nachdem sie mit mir gesprochen hatte, in einer Unterredung mit dem Arbeitsminister Schröder gemacht, worauf Kästner Hansmann, der dieser Unterredung beiwohnte (ich war verhindert), sofort erklärt hat, eine solche Äußerung sei meinerseits nicht getan worden.

In Wirklichkeit handelt es sich um folgendes: Ich habe der "Verhandlungskommission", unter Führung des Herrn Peters-Hölle, eine dringlich dargelegt, dass doch eben ein Tag für einen Tag für die ganze Kästnerindustrie abgeschlossen sei, er könne noch verbessert werden, wozu es aber keines "Generalstreiks" bedürfe. Men solle doch die traurige Lage unserer Kästnerindustrie bedenken und auch besonders beachten, dass gerade jetzt ein "Generalstreik" der Kästnerarbeiter mächtigen müsse, weil die Kästnerindustrie an Kohlen- und Gaszmangel, andererseits an einer Überzahl von Werkstätten leide. Die Werkstätten würden sich darum über einen "Generalstreik" nicht aufregen, degegen könnten viele Kästnerarbeiter schwere wirtschaftliche Schäden erleiden. "Aber — ja sagte ich — es gibt leider Leute, die meinen, es wäre erst alles gerettet,

wenn die Arbeiter mästen auf der Straße vorreden, ehe es "besser" werde!" — Wen ich mit diesen unseligen Leuten meinte, das ist gar nicht fraglich, wenn man sich den unseligen, erbösen Redensarten erinnert, die wir aus sogenannten "kommunistischen" Druckschriften und Vorträgen kennen lernen. Ich gehöre sicher nicht zu diesen Leuten, was auch Herr Peters-Hölle genau weiß.

Aus dieser ehrlichen Warnung vor der Kästnerindustrie machten Mitglieder der "Verhandlungskommission" die infame Perle um, ausgerechnet ich wünschte, dass die "Arbeiter vorreden"!
Eine solche Gemeinschaft ist nicht zu überstehen, und sie soll hiermit angesprochen sein.

Was ich der "Verhandlungskommission" warnend und zur Vernunft mahnen vorausgesagt habe, ist rasch eingetroffen. Schon nach wenigen Tagen ist die sogenannte "Generalstreik der Kästnerarbeiter" zusammengebrochen. Wer erlebt nun den total treuesten Kästnerarbeiter den erlittenen Schaden?

Otto Hue.

Obervergätsbezirk Breslau.

Ein neuer Heimrichbrief.

Am 28. November 1918 sandte der Arbeiterausschuss des Gottscheeschen an unseren Kästner Heinrich Lößler in Nattowitz einen Brief, welcher Forderungen der Berggesellschaft enthielt. Dieser Brief ist aber nicht in die Hände unseres Kästner Heinrich Lößler gekommen, dieser konnte mithin auch nicht darauf antworten. Trotzdem hat der Abender folgende Rückantwort erhalten:

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Nattowitz, den 28. 11. 1918.

Werter Kästner!

Dein Schreiben vom 28. d. M. ist hier eingelaufen. Du glaubst doch wohl nicht im Ernst, dass wir solche Forderungen, die man wahnsinnig nennen muss, bei einiger Überlegung beim Berg- und Holzindustrievertreten lassen können. Wenn wir bei den neuen Verhandlungen Forderungen stellen, können wir nur bis an die Grenze des Möglichen und Erreichbaren gehen. Solche blödsinnigen Forderungen vorzuholen, wie du sie uns eingeliefert hast, schenken wir ab und fällt uns dieses im Traum nicht ein. Euch ist es wohl nicht recht im Kopfe dort in Breslau. Du gibst doch zu, dass wir die Arbeitgeber nicht vollständig nackt ausziehen können. Ohne Prost können die Werke auch nicht bestehen. Du musst die darum schenken anders ausüben, der Dir ist es unmöglich, dass von den Bergarbeitern jemand an der Konferenz teilnehmen kann, denn ich sehe dieses entschieden ab, willst du nicht das notwendige Verständnis für deine Verhandlungen habst. Dazu und wie da und du wirdet doch nur Klinsy dort machen. Wenn Euch dieses nicht gefällt, kann ich nicht darüber. Die Verhandlungen, welche wir in der ersten Verhandlung getroffen haben, sind übrigens vollständig genügend und Ihr seid uns zufrieden zu lassen.

Mit Gruss!

Heinrich Lößler.

Mit diesem Brief suchte dann Josef Adametz in Nattowitz die sogenannten Verbandsverbänden Geschäft zu machen. Adametz stand früher in Verbandsdiensten. Solange er in Verbandsdiensten stand, zeigte er sich nie durch Unfähigkeit aus. Er wurde im Dezember 1918 aus dem Verbandsdienst entlassen, weil er sich an den separatistischen Verschärfungen beteiligte. Darum wundert wie uns auch nicht, dass er mit diesem Brief Geschäfte zu machen sucht. Alle Erklärungen des Kästner Heinrich Lößler, dass er diesen unsinnigen Brief nicht geschrieben habe, müssten widerlegt werden. Er zeigt sich in diesen Erklärungen des Kästner Heinrich Lößler, dass er diesen unsinnigen Brief nicht geschrieben habe, müsste widerlegt